

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Jahnbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 + Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24614 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 7

Düsseldorf, den 13. Februar 1926.

Verbandort Crefeld

Wirtschaftsnot in der Textilindustrie.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in der Nr. 5 unserer Verbandszeitung Vorschläge unseres Verbandes veröffentlicht, die allen zuständigen Stellen unterbreitet wurden. Zu diesen Vorschlägen haben in einer ganz unqualifizierbaren Weise die Vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von M.-Glabbad, Rheindt und Umgegend durch ihren Syndikus in der Westdeutschen Landeszeitung M.-Glabbad Stellung genommen. Beim Durchlesen der Arbeitgeberauffassung zeigt sich ein striktes Ablehnen aller von unserem Verbande zur Bänderung der Wirtschaftsnot gemachten Vorschläge durch die Arbeitgeberverbände. Der Artikelschreiber der Arbeitgeberverbände hat sich die Arbeit furchtbar leicht gemacht. Seine Betrachtungsweise ist die des Durchschnittsphilisters, der nur in den „hohen“ Löhnen und in der „viel zu kurzen Arbeitszeit“ den Niedergang des deutschen Wirtschaftslebens sieht. Der Schreiber, der den Arbeitern den Vorwurf der mangelnden Einsicht in volkswirtschaftliche Notwendigkeiten macht, kauft durch seine Betrachtungsweise den schlagendsten Beweis dafür, daß ihm jeder Willen zur Anerkennung und Befähigung volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten fehlt. Die Nachbetung der ebenso abgegriffenen wie bequemen Formel von der Gefahr der allzu hohen Löhne und der Sozialbelastung bringt uns weder weiter, noch dient sie der Weckung der Arbeitsfreudigkeit. Die Lohnhöhe der 70 vom Hundert ausmachenden Arbeitnehmer bildet den Schlüssel für die Kaufkraft der Gesamtheit. Zwischen den gezahlten Löhnen und den geforderten Preisen hat sich ein schroffes Mißverhältnis herausgebildet. Viele Arbeitgeber, und so auch der Artikelschreiber der M.-Glabbad-Rheindt-Textilarbeiterverbände suchen alles Heil in dem Abbau der Löhne. Der Artikler hat kein Wort übrig für die Uebersetzung des Handels, für die vielen unproduktiven Direktorstellen in der Industrie, für die völlig falsche Inflationseinstellung vieler Arbeitgeber, die alles Kapital in Sachwerten anlegen, für das Unverständnis mancher „Unternehmer“, sich den veränderten Produktions- und Absatzverhältnissen in etwa anzupassen usw. Datum konnte die ganz einseitige und überaus kurzfristige Betrachtung der Dinge durch den Artikler der M.-Glabbad-Textilarbeiter nicht unbeantwortet bleiben. Die M.-Glabbad-Geschäftsstelle unseres Verbandes hat in der Lokalpresse auf die Darstellung der Arbeitgeberverbände nachfolgende Erwiderung veröffentlicht:

An die Vereinigten Arbeitgeberverbände von M.-Glabbad, Rheindt und Umgegend.

Zu den Gegengerührungen auf unsere Vorschläge zur Bänderung der Wirtschaftsnot in der deutschen Textilindustrie gestatten wir uns, einiges zu bemerken.

Es wird die Bereitwilligkeit der Unternehmerverbände betont, mit jedem in Verbindung zu treten, der Mittel und Wege zur Ueberwindung von Schwierigkeiten und gleichmäßiger Verteilung unvermeidlicher Krisenlasten weisen kann. Die entgegengegesetzte Haltung wird begründet mit dem Einwand, in unseren Vorschlägen käme ein durchaus unbegründeter Argwohn gegen die Arbeitgeber, sowie der Mangel wirtschaftlicher Erkenntnis zum Ausdruck.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte für die Berechtigung eines angeblich bei uns vorhandenen Argwohns gegenüber gewissen Arbeitgeberkreisen, das Antwoortschreiben hätte ihn glänzend geliefert. Und es erbringt weiter den Beweis für das Fehlen jeder wirtschaftlichen Weitschau auf Seiten der Abfasser Ihrer Gegengerührungen.

Soweit die wirtschaftliche Seite in der Gegengerührungen behandelt wird, ist die Betrachtungsweise rein privatwirtschaftlich; soweit man über das Einzelunternehmen hinausgeht, ist sie rein sozial rückwärtlich. Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne, Bekämpfung der berechtigten Arbeiterwünsche auf angemessene Erwerbslosenunterstützung, sowie auf einen besseren Ausgleich der Krisenlasten, das ist die ganze positive Seite der Gegengerührungen. Darin ist kein einziger wirtschaftspolitischer Gedanke zu finden, denn soziale Reaktion und gesunde Wirtschaftspolitik haben nichts gemein. Sonst enthält die Gegengerührungen nichts als ablehnende Kritik. Dieser Drang zur Kritik war beim Verfasser so stark, daß mehrfach gegen Anschauungen polemisiert wird, die in unseren Vorschlägen überhaupt nicht enthalten waren und von unserem Verbande niemals vertreten wurden. Selbst wo man unsere Vorschläge nicht einfach ablehnen kann, geht es nicht ab ohne Kritik. „Jurist sein heißt, stets entgegengegesetzter Meinung sein.“ So soll im Examen einmal ein Student dem Professor geantwortet haben. An diese seltsame Begriffsbestimmung wird man unwillkürlich beim Studium der Gegengerührungen erinnert. Eine verärgerte Seele macht sich Luft in gänzlich unprovokierten Angriffen gegen die Arbeitererschaft und die Textilarbeiterverbände.

Auf diesem Wege ist die so notwendige Verständigung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft über die brennenden Fragen, wie die Wirtschaftskrise überwunden und die Krisennot gelindert werden kann, nicht herbeizuführen. Sachliche Kritik mit positiven, durchführbaren Vorschlägen fördert die Zusammenfassung hilfsbereiter Kräfte

und dient dem Wohle unserer Textilwirtschaft wie der Allgemeinheit. Eine Haltung der Arbeitgeberverbände, wie sie in der Gegengerührungen sich kund tut, liefert dagegen den destruktiven Kräften des Klassenhasses Wasser auf die Mühlen, wirkt zersetzend und zerstörend.

Art und Tendenz der Gegengerührungen machen eine sachliche Behandlung der darin vorgetragenen Meinungen fast unmöglich und lassen sie zwecklos erscheinen. Wir sind jedoch der Auffassung, daß bei weitem nicht alle Textilarbeiter der M.-Glabbad-Rheindt-Textilindustrie diese Meinungen vertreten. Nur ein Anhänger der Lehre vom extremsten Wirtschaftsliberalismus, wie sie vor zwei Menschenaltern vertreten und praktiziert wurde, kann sich auf ihren Boden stellen. Nur in dieser Wirtschaftslehre wird die in der Gegengerührungen als selbstverständlich vorgetragene Auffassung vertreten, daß der Unternehmer als Eigentümer der Betriebsanlagen allein darüber zu bestimmen habe, ob er den Betrieb weiterführen will. Die einschränkende Bemerkung vom Ausschluß der Willkür wird im gleichen Abschnitt widerlegt, widerlegt, weil ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter wie der staatlichen Verwaltungsorgane bestritten wird. Unternehmer mit reiner Wette werden sich nicht wenden gegen die Klarstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse durch Vorlage der Geschäftsbücher und Erteilung jeder notwendigen Auskunft. Wer sich weigert, hat etwas zu verbergen, was das

Freiheit am Rheine!

Es lodert der Himmel in roter Glut,
Es brennen die Fackeln, es brennt das Blut,
In den Glockentürmen jauchzen die Lieber hinein:
„Es lebe die Freiheit am deutschen Rheine!“
Die Berge klingen, es braust der Strom,
Die Glocken jubeln vom hohen Dom,
Serrauscht die Jahre, die wir verlebte,
O, Freiheit am Rheine, sei gegrüßt!

Sonnenlicht nicht ertragen kann. Was würden unsere Textilindustriellen dazu sagen, wenn alle Geschäftsaufsicht beantragenden oder in Konkurs gehenden Abnehmer sich weigerten, durch Vorlage der Bücher und wahrheitsgemäße Auskunftserteilung ihre Zahlungsunfähigkeit nachzuweisen? Wenn die obersten Spitzenverbände der Unternehmer in öffentlichen Kundgebungen dagegen Stellung nehmen, so fehlt sicher jede Berechtigung, von einem unbegründeten Argwohn der Arbeiterschaft zu schreiben. Nachweislich hat die tief gesunkene Geschäftsmoral die Krise, besonders in der Textilwirtschaft, außerordentlich verschärft. Würden sich nicht so viele Unternehmer ihren Schuldenverpflichtungen entziehen wollen, vielmehr alle Anstrengungen zur Abdeckung ihrer Verpflichtungen machen, so ließen sich manche Stilllegungen und Entlassungen vermeiden. Die von einer Betriebsstilllegung betroffene Arbeiterschaft wie die Allgemeinheit haben gegenüber dem Unternehmer das gleiche Recht auf Klarstellung der Wirtschaftslage des Unternehmens, wie es der Industrielle gegenüber dem schuldenrischen Abnehmer verlangt. Das Wohl der Allgemeinheit ist doch wohl der Zweck alles Handelns und Wirtschaftens und nicht etwa nur die Sorge um den eigenen Geldbeutel.

Statt der Entlassungen, Werksbeurlaubungen vorzunehmen, ist grundsätzlich undurchführbar. So wird einer unserer Vorschläge in der Gegengerührungen abgetan. Daß die Arbeitgeberverbände eines der Hauptkonkurrenzgebiete unseres M.-Glabbad-Textilbezirks anderer Meinung sind, beweist der nachstehende Beschluß. Er ist in einer Versammlung in Cottbus gefaßt, an der die Vertreter der Arbeitgeberverbände des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O. teilgenommen haben. Der Beschluß lautet:

„Die heute anwesenden Arbeitgebervertreter der Textilindustrie des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O. Oder empfehlen den Mitgliedern ihrer Verbände in vollem Verständnis der durch die Krise hervorgerufenen schwierigen Lage der Arbeitnehmer, bei weitgehender Verkürzung der Arbeitszeit, d. h. in der Regel unter 24 Stunden, unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten die Verteilung der Arbeit so einzurichten, daß durch vorübergehendes völliges Aussetzen von zwei Wochen die Arbeitnehmer in den Genuß der Erwerbslosenfürsorge gelangen können.“

Bei Entlassungen aus dem Betriebe wird empfohlen, wie bisher auf die Bedürftigkeit der einzelnen Arbeiter weitgehendste Rücksicht zu nehmen.“

Dieser Beschluß ist mit ganz verschwindenden Ausnahmen von allen Firmen durchgeführt. In gleicher Weise wird in anderen Textilbezirken verfahren. Nur bei der Leitung der M.-Glabbad-Textilarbeiterverbände sind solche Maßnahmen „grundsätzlich“ und durchführ-

bar. Nichts könnte die Einstellung dieser Zeitung treffender charakterisieren als diese Gegenüberstellung.

Unser Vorschlag, für dazu geeignete Branchen die Arbeitszeit durch Beschluß der Unternehmerverbände und Gewerkschaften auf das Maß der Absatzmöglichkeit herabzusetzen, und während der Dauer der Absatzkrise die Arbeitszeit generell auf 48 Wochenstunden zu beschränken, wird mit dem Schlagwort abzutun versucht, „Gleichmacherei und Schematisierung ist Verderb“. Dem englischen Textilarbeiter hat wohl noch niemand nachgesagt, daß er ein schlechter Kaufmann und Industriunternehmer sei und keine wirtschaftlichen Kenntnisse besitze. Und doch ist es allgemein bekannt, daß in den großen Baumwollspinnereibezirken durch Mehrheitsbeschluß der Spinnereibesitzer in Krisenzeiten die Arbeitszeit für alle Spinnereien je nach Bedarf verkürzt wird. Hat diese „Gleichmacherei“ etwa zum Verderb der englischen Baumwollspinnerei geführt oder hat sie nicht vielmehr die einzelnen Unternehmer gegenüber einer auf langer Arbeitszeit und gedrückten Löhnen beruhenden, unlauteren Konkurrenz geschützt?

Wenn aber die Leitung der M.-Glabbad-Textilarbeiterverbände eine wirtschaftsfeindliche Schematisierung befehlen will, dann mag sie endlich dem Verlangen der Arbeiter auf Beseitigung der Abbauklausel für Akkordlöhne nachgeben. Mag sie einmal die Ausführungen des bekannten Industriellen Robert Bosch in der Weihnachtsnummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu diesem Kapitel nachlesen, um die produktionshemmenden Wirkungen der Herabsetzung von Stücklöhnen bei Ueberschreitung bestimmter Verdienstgrenzen zu erkennen. Oder sollte auch Bosch von der Wirtschaft nichts verstehen?

Die Gegengerührungen sind als produktionssteigernde und den Export fördernde Möglichkeit nur die Verlängerung der Arbeitszeit, Mehrleistung des einzelnen Arbeiters und Herabsetzung der Löhne. Sie legt sich in den bequemen Klubessell unwirtschaftlicher Trägheit. Mit solchen Methoden können heute, nicht mehr lebensfähige Betriebe vielleicht noch kurze Zeit weiterwurzeln, sie sind aber ein Hemmschuh für die Gesundung unserer Wirtschaft. Auch hier sollten unsere M.-Glabbad-Textilarbeiter von der Konkurrenz lernen. Zu diesem außerordentlich wichtigen Kapitel bringt das Unternehmerblatt „Die Textilzeitung“ in seiner Nummer 20 vom 24. Januar 1926 folgende Zeitschrift:

„Eine Untersuchung der Methoden, mit denen die amerikanischen Industriellen eine Herabsetzung ihrer Produktionskosten erzielt haben, dürfte für die europäische Industrie von außerordentlichem Werte sein. Denn die erreichten Erfolge sind ganz erstaunlich. Das zeigt folgendes Beispiel aus der amerikanischen Tuchindustrie. Nach den Angaben der „Fairchild's Daily News Record“ berechnet und die sehr sorgfältig zusammengefaßt zu sein scheinen, ist in Boston in dem Zeitraum von 1911 bis 1924 der Wollpreis um 148 v. H. gestiegen, die Stundenlöhne der Fabriken wiesen für den gleichen Zeitraum eine Steigerung von 200 v. H. auf, und die Preise für Qualitätstuche haben nur eine Erhöhung von 127 v. H. erfahren. Bei der Zusammenfassung der Indezahl sind nur Tuche einbezogen worden, die als Standardware von ersten Firmen geführt werden, und es wird mit Nachdruck betont, daß die große Ersparnis bei den Produktionskosten lediglich auf die gesteigerte Ergiebigkeit der Methoden und auf die Erziehung der Handarbeit durch Maschinenarbeit zurückzuführen ist.“

Darf man sich wundern über die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Textilindustrie, trotzdem in den Vereinigten Staaten der gelernte Textilarbeiter ungefähr soviel Dollar verdient wie der deutsche? Nein! Dabei ist der deutsche Textilarbeiter mindestens so tüchtig und leistungsfähig wie der amerikanische. Das beweisen uns die Zuschriften von drüben. Die Vorkriegsleistungen haben unsere deutschen Textilarbeiter längst wieder erreicht, teilweise überschritten. Dagegen hat die Qualität weiter Unternehmerrückgang durch Krieg und Inflation wesentlich eingebüßt. Dazu hat eine falsche Politik der Kartelle und Arbeitgeberverbände beigetragen. Wir stimmen dem Satz der Gegengerührungen zu: „Der Leiter und Führer ist ausschlaggebend.“ Der offensichtliche Mangel an weisshäuenden Führern auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete bei vielen deutschen Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden ist Schuld an manchen Schwierigkeiten, unter denen unsere Wirtschaft und unser Volk leiden. Dabei soll zu gegeben werden, daß auch weite Arbeiterkreise von unverständigen Führern irre geleitet wurden. Das sollte aber kein Hindernis sein zu einem verständnisvollen Zusammenwirken aller um das Wohl unserer Wirtschaft und unseres Volkes ernstlich Besorgten. Wir sind dazu bereit.

Wir wollen es uns versagen, auf die übrigen Ausführungen der Gegengerührungen näher einzugehen. Es erscheint zwecklos, gegen Vorschläge wie den, daß die in Arbeit stehenden Arbeiter die Arbeitslosen durch Hergabe eines Anteils vom Arbeitsverdienst unterstützen sollten, nähere Ausführungen zu machen. Wir möchten nur die Vorstandsmitglieder der Arbeitgeberverbände bitten, ihren Frauen als Wirtschaftsgeld drei Wochen lang den Wochenverdienst eines Buchsinnwebers und weitere drei Wochen den Satz

Der Erwerbslosenunterstützung zu geben. Wahrscheinlich ist schon vor Ablauf dieser Frist eine Verständigung über die Zulänglichkeit der Arbeiterentlohnung und der Unterstützungslage möglich.

M. Glöckner, den 30. Januar 1926.

Centralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands Geschäftsstelle M. Glöckner.

Lohn- und Arbeitsfreirigkeiten.

Wie die Arbeitgeber die Wirtschaftskrise ausnützen.

Im November v. J. unterbreitete der Reichsverband der deutschen Industrie der Öffentlichkeit ein Wirtschaftsprogramm, dessen Forderungen zur Genüge bekannt sind. Soweit sich die einzelnen Abschnitte mit Sozialpolitik, Lohn- und Arbeitszeitfragen beschäftigten, klangen diese in den Ruf aus: „Gebt der deutschen Wirtschaft die Freiheit wieder.“ Im Arbeiterlatein würde das heißen: „Gebt uns Vollmacht zur vollständigen Entrechtung der Arbeiterschaft mit allen Mitteln.“

Auf der letzteren sprach der frühere Sozialist, Oberpräsident von Ostpreußen a. D. August Winnig. Das Wirtschaftsprogramm und auch die gekennzeichneten Rundgebungen waren eine einzige Stimmungsmache gegen das Schlichtungswesen, gegen die Sozialversicherung, gegen die Gewerkschaften, für einen Abbau der Löhne, für Werkvereinbarungen. Es war das Signal für die einzelnen Arbeitgeberverbände und auch für die einzelnen Arbeitgeber, baldmöglichst zum Generalangriff gegen die Arbeiterschaft vorzugehen.

Die Textilindustrie steckte damals erst im Anfangsstadium der Wirtschaftskrise, deshalb hielten hier die Arbeitgeber mit ihren wahren Absichten zurück. Nunmehr zeigen aber die eingegangenen Berichte, daß auch die Arbeitgeber der Textilindustrie die Zeit für gekommen halten. Von der Arbeiterschaft der Webburger Wollindustrie fordert man, in Zukunft zu den Lohnfüßern des M. Glöckner Tarifvertrages zu arbeiten, obwohl noch ein eigener rechtskräftiger Tarifvertrag besteht, der zwischen der Webburger Wollindustrie, dem christlichen Textilarbeiter-Verbande und dem deutschen Textilarbeiter-Verbande abgeschlossen worden ist und bis 31. März ds. Js. Gültigkeit hat.

Um nun ihrer Forderung mehr Nachdruck zu geben, erhielten am 16. Januar ds. Js. rund 300 Arbeiter ihre Kündigung zum 23. Januar. Selbstverständlich können wir uns eine derartige gewalttätige und einseitige Vorgehensweise nicht gefallen lassen, und werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln versuchen, die Arbeiterschaft zu schützen.

Die Arbeitgeber von Dielefeld haben es der Arbeiterschaft sehr krumm genommen, daß sie für ihren Vorschlag, das Mehrarbeitszeitabkommen bis zum 31. Dezember ds. Js. unverändert zu verlängern, kein Verständnis hatte. Als Strafe dafür stellen die Arbeitgeber nunmehr den Antrag: „Die seit dem 8. Juni 1925 gültigen Tariflöhne um 10 Prozent herabzusetzen.“

Freitag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, stattfinden. Wir werden später über den Ausgang der Verhandlungen berichten, können jedoch heute schon sagen, daß die Gewerkschaften eine Lohnreduzierung ablehnen müssen.

Auch die Arbeitgeber auf dem Eisfeld wollen kürzen. Bekanntlich ist der Mantel-Tarifvertrag für die eisfeldischen Strickereien Ende Dezember v. Js. abgelaufen. Am 30. Dezember war die Arbeiterschaft zu Verhandlungen eingeladen. Die Arbeitgeber forderten Zustimmung zu folgenden Tarifänderungen:

1. Verzicht auf die durch Schiedspruch in Magdeburg festgelegten Löhne.
2. Der Akkordzuschlag beträgt in Zukunft nur noch 10 Prozent, statt wie bisher 20 Prozent.
3. Die Arbeitszeit beträgt in Zukunft 57 Stunden die Woche ohne Mehrarbeits- oder Ueberstundenzuschlag. Bisher 48 Stunden die Woche, ab 49. bis einschl. 53. Stunde 10 Prozent Zuschlag, ab 54. Stunde 20 Prozent Zuschlag.

Das bei solchen Forderungen die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen konnten, war vorauszu sehen.

Die schlesischen Arbeitgeber dürfen natürlich in diesem Reigen nicht fehlen. Die Bezirksgruppe Landeshut (Leinenindustrie) des Verbandes schlesischer Textilindustrieller richtete unter dem 30. Januar nachstehendes Schreiben an die Gewerkschaften:

„Angeichts der immer schlechter werdenden Lage der Leinenindustrie in der Bezirksgruppe Landeshut, sieht sich die Bezirksgruppe veranlaßt, den laufenden Tarifvertrag zu kündigen, um es den notleidenden Betrieben zu ermöglichen, zu Vereinbarungen zu gelangen, die eine Weiterführung der Betriebe gestatten.“

Hier klingt nicht nur der Wunsch durch, Lohnherabsetzungen vorzunehmen, sondern auch die Absicht, die ganze Lohnpolitik auf die wirtschaftlich und auch technisch schlechtesten Betriebe aufzubauen.

Bist Du jung

und wilst Du ein vom rechten Gewerkschaftsgeist befeeltes Mitglied sein, dann arbeite nach diesen Kräften mit an der äußeren Stärkung und inneren Festigung des Verbandes.

Die badischen Arbeitgeber der Band- und Seidenindustrie haben eine ganz große Sache vor. In der „Neuen badischen Landeszeitung“ ist folgendes zu lesen:

Aus der badischen Textilindustrie. „Wie wir aus Oberbaden erfahren, soll in der Textilindustrie eine gemeinsame Aktion, besonders in der Band- und Seidenstoffindustrie, zur Herbeiführung eines neuen Arbeitertarifes im Gange sein. Geplant ist, die bestehenden Arbeitsverträge sämtlich auf einen Termin zu ändern. Gleichzeitig mit der Tarifveränderung soll eine Reduktion der Preise erfolgen. Es ist beabsichtigt, insbesondere die Akkordlöhne der jugendlichen Arbeiter anders einzurichten, und zwar auf der Basis der Zeitlöhne der verschiedenen Altersklassen, annehmend auch dem Vorbilde der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Auch die künftige Regelung des Urlaubs und der Betriebswohnungsangelegenheiten soll in den neuen Tarif mit einbezogen werden. Im Hinblick auf die außerordentlich gebückte Wirtschaftslage besteht für die Industrie Aussicht, diese Veränderungen, welche Verbesserungen der Rentabilität bringen sollen, durchzuführen. Verhandlungen mit den Betriebsvertretungen haben in Oberbaden bereits stattgefunden.“

Firma versucht, einen Lohnabbau von 10 bis 25 Prozent vorzunehmen.

Also, wohin man blickt, Lohnabbau! Wissen die Arbeitgeber auch, daß diese ihre Haltung nicht unbeachtet bleibt, und daß die Arbeiterschaft gezwungen ist, bei günstiger Wirtschaftslage nicht nur das Verlorene wieder einzuholen, sondern im Hinblick auf derartige Widerholungen wie jetzt ihre Forderungen noch ganz bedeutend zu erweitern? Die Arbeitgeber sind in dieser Hinsicht wirklich gute Lehrmeister!

Wer zahlt die Steuern?

Außerordentlich wertvoll sind die Berechnungen der deutschen Reichsregierung über das Einkommen der deutschen Arbeitnehmer, ihren Familienstand und die Steuerleistungen, die sie dem Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Lohnsteuer beifügt. Danach sind von den rund 28 Millionen Einkommensteuerpflichtigen etwa 22,3 Millionen Arbeitnehmer. Unter Zugrundelegung des neubestimmten steuerfreien Lohnbetrages von 1200 Mark jährlich dürften 3,3 Millionen Arbeitnehmer von der Einkommensteuer befreit sein. Von den übrigen 19 Millionen Steuerpflichtigen sind 11,4 Millionen ledig, 7,6 Millionen verheiratet, und zwar 1,2 Millionen kinderlos, je 1,4 Millionen haben 1 oder 2 Kinder, 1,1 Millionen 3 Kinder und 121000 Familien 9 und mehr Kinder.

Die amtliche Statistik reißt die Lohnsteuerpflichtigen in folgende Einkommensstufen ein:

1. Einkommen bis 2400 RM. 89,62 vom Hundert.
2. Einkommen von 2400 bis 5000 RM. 8,56 vom Hundert.
3. Einkommen von 5000 bis 9000 RM. 1,19 vom Hundert.
4. Einkommen von 9000 bis 15000 RM. 0,32 vom Hundert.
5. Einkommen von 15000 bis 30000 RM. 0,18 vom Hundert.

Nach Erhebungen des Statistischen Reichsamtes haben 88,3 vom Hundert der tariflich entlohnerten Industriearbeiter ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 2100 Mark. Die Entlohnung der Landarbeiter, Hausangestellten und eines Teiles der kaufmännischen Angestellten sind aber wesentlich geringer. Darum wird als Durchschnitt ein Betrag von 1750 Mark jährlich angegeben. Für rund 17 Millionen Lohnsteuerpflichtige wird ein solches Einkommen angenommen. Sie umfassen 10,2 Mill. Ledige, 1,1 Mill. Verheiratete ohne Kinder, 1,3 Mill. mit einem Kind, 1,2 Mill. mit zwei Kindern, 1 Million mit drei Kindern und 2,2 Millionen mit mehr Kindern. Auf die Gruppe 2 der Lohnsteuerempfänger mit einem Durchschnittseinkommen von 3600 Mark entfallen 1,6 Millionen Lohnsteuerpflichtige, von denen 975000 ledig sind. Die Gruppe 3 mit einem Durchschnittseinkommen von 6600 Mark zählt nicht ganz eine Viertelmillion. Die beiden letzten Gruppen mit einem Durchschnittseinkommen von 12000 und 20000 Mark haben nur 83000 Steuerpflichtige.

Wieviel Steuern bringen nur die einzelnen Gruppen auf? Von den Durchschnittseinkommen von 1750 Mark erhält der Staat 653,9 Millionen Einkommensteuer oder 54,8 vom Hundert des Gesamtaufkommens. Die Durchschnittseinkommen von 3600 Mark bezahlen 332,6 Millionen Einkommensteuer oder 27,6 vom Hundert des Gesamtaufkommens. Die Durchschnittseinkommen von 6600 Mark bringen 103,68 Millionen Einkommensteuer oder 8,7 vom Hundert. Die Einkommensteuerleistungen der 12- und 20000 Mark Einkommen betragen insgesamt nur 108 Millionen oder 8,9 vom Hundert.

Daraus folgt, daß die niedrigsten Einkommen mehr als die Hälfte der Einkommensteuer aufbringen. Rechnet man dazu noch, was diese Familien dem Staate an indirekten Steuern (Umsatz, Zölle) auf Lebensmittel usw., sowie an Hauszinssteuer einbringen, dann widerlegt sich von selbst die Behauptung, daß die Hauptsteuerlast von den Industriellen getragen würde. Das ist auch nach der Fall, wenn man die Körperpflichts- und Vermögenssteuer hinzurechnet, die letzten Endes auch wieder auf die Schultern der Verbraucher abgewälzt wird. Und noch ein anderes lehrt die statistische Aufstellung: daß jede Mehrausgabe des Staates eine stärkere steuerliche Belastung gerade der Verbraucher der untersten Einkommensstufen notwendigerweise nach sich zieht.

Die angeführten Zahlen geben auch ein Bild über die soziale Schichtung unseres Volkes und zeigen, daß das Märchen von den übergroßen Löhnen nicht stimmt. Denn rund 20 Millionen von den 22,3 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern haben ein Einkommen von durchschnittlich 1750 Mark jährlich oder 145 Mark monatlich oder 31,25 Mark wöchentlich. Ein sehr großer Teil bleibt noch wesentlich darunter. Nur etwa 2 Millionen bleiben über dem Durchschnitt von 1750 Mark, wobei es sich wohl in der Hauptsache um Gehaltsempfänger handelt.

Dem Geiste deutscher Einigkeit.

Eine ergreifende Feier des Wiedersehens mit all seinen tiefen seelischen Empfindungen und beglücktesten äußeren Kundgebungen ist in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar über die alte Domstadt hinweggerauscht. Es war eine sehr sinnige und im Vergleich mit den Veranlassungen der bereits früher von der Befragung freigeordneten Städte zugleich ganz originelle Idee, die Freundshandlungen im allerengsten Anschluß an den Ablauf des Räumungsstermins zu veranstalten. Es ist darin treffend die brennende Sehnsucht der rheinischen und besonders der Kölner Bevölkerung nach dem Anbruch der Freiheitsstunde symbolisiert. Sein würdiger und imposanter Platz als der Mittelpunkt vor dem Dome, diesem überwältigenden Wahrzeichen der nationalen Einheit, konnte dazu erkoren werden. An diesem Freitagsplatz, wo das englische Hauptquartier seinen Sitz hatte, wo das Aufgehen der fremden Wache täglich die nationale Rot der Zeit stampfend den Bürgern zum Bewußtsein brachte, mußte der erste Jubelsturm über die erlangte Freiheit mit besonderer Macht zum Ausdruck gelangen.

Seit den frühen Abendstunden war die Freitreppe von einer dichten Menschenmenge umlagert. Große Massen sind auch aus den Botarten in das Zentrum der Stadt gekommen. In den Gesprächen tauchen unwillkürlich Erinnerungen aus den Besatzungsjahren auf. Die Gedanken fliegen vielfach auch weiter zurück. Kriegserlebnisse werden ausgelacht, und viele Befehle müssen den stummen Helmen, die im gigantischen Ringen des Weltkrieges mit ihren Säbeln die kämpfenden fremden Heere von der Heimat abwehrten und nun in heimlicher oder gar fremder Erde ruhen, ein dankbares, lüdes Gedenken.

Unter diesen Umständen die Menschenmenge demnach gewaltig an. Alle Schichten und Kreise, alle Altersklassen sind vertreten. Die Massen drängen sich bis tief in die Laternen, die hohe Straße, selbst bis ans Kaiserum. In großen Halbkreisen vor dem Dome ist ein hoher Mast eine ungewöhnlich hochgehende große Kette elektrischer Birnen gezogen. Tausende Laternen die hellen in den Reihen, Staats- und königlichen Farben. Geprallt hoch die mächtigen Stahlsäulen die allergroßen Pfeiler des Domes hinauf. Im Erd- und Hochportal lassen mächtige Flammengestalten die eben gelassen herabsteigen. Im Hauptportal steht ein mit den Reichsfarben bemaltes Akkordeon. Vor dem Mast und auf der Frei-

treppe waren versammelt der preussische Ministerpräsident Brauns in Begleitung von Ober-Reg.-Rat Amelangen, Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Regierungspräsident Graf von Helldorf, die Vertreter der übrigen Kölner Reichs- und Staatsbehörden, Dompropst Dr. Widdendorf, Weihbischof Dr. Hammels, Domkammerherr Hertel, Beigeordnete und Stadtverordnete nahezu aller Fraktionen, sowie eine große Zahl hervorragender Bürger, Damen und Herren. Der Rundblick vom Akkordeon auf die unabherrschbare Menschenmenge und die auf Galerien und Dächern dicht mit Menschen besetzten Häuser der Umgebung gewährte dazu in der nächtlichen Beleuchtung ein überwältigendes Bild.

Nachdem die zwölf Schläge der Domuhr verhallt waren, legte die Petrusglocke mit ihrem dumpfen, schweren Klange ein. Die ungeheure Menschenmenge hörte diesen ersten Freiheitsglockenschlag lautstehend an.

Als Erster besaß darauf das Akkordeon Oberbürgermeister Dr. Adenauer.

Die Stunde ist gekommen, die so heiß, so inbrünstig ersehnte, der Tag der Freiheit ist angebrochen! Unser Herz fliegen empor zu Gott, dem Allmächtigen. Dank sei ihm, der uns geschenkt hat in schwersten Tagen, der uns geführt hat durch Not und Gefahr! Vereint sind wir wieder mit unserem Staate, unserem Volke, unserem Vaterlande, vereint und frei nach sieben Jahren der Trennung und Unfreiheit! In gemeinsam getragener, gemeinsam überwandener Not erwacht die treueste Kameradschaft. Ihr, deutsche Volksgenossen in den noch besetzten Gebieten, halt mit uns Schulter an Schulter gefaßt. Euch, die ihr noch der Freiheit entbehrt, grüßen wir in dieser Stunde in Liebe und Treue!

Schweres haben wir erdulden müssen in sieben langen Jahren. Heute, in dieser weihenollen Stunde, laßt uns davon schweigen. Je, wir wollen gerade sein, trotz allem, was uns widerfahren ist, wir wollen anerkennen, daß der geschiedene Gegner auf politischem Gebiete gerechtes Spiel hat walten lassen. Hoffen wir, daß unsere Leidenszeit nicht umsonst gewesen ist, daß unumkehrbar ein wahrhaft neuer Geist in die Kölner Europas eingiebt. Die Grundzüge des Rechts und der Moral, die für das Verhältnis der Einzelnen zu einander gelten, die jeden Menschen als frei und gleich und gleichberechtigt erklären, müssen auch in Besatzung nicht nur in Worten, Geltung erhalten für die Gesellschaft der Völker!

Stiller, schmerzhaft, wir sprechen die gleiche Sprache, wir lieben die gleiche Heimat. Ob reich, ob arm, ob links, ob rechts,

die innersten und tiefsten, die menschlichsten Gefühle sind uns allen gemeinsam. Gemeinsame Not haben wir getragen, erfahren haben wir, was Schicksalsgemeinschaft ist. Wenn jetzt die Zeit von uns genommen wird, wenn wir hinaustreten in die Freiheit, dann laßt uns das niemals vergessen! Dieser Platz wurde dereinst geweiht durch die Worte: „Dem Geiste deutscher Einigkeit und Kraft sollen diese Dampforten Lore des herrlichsten Triumphes werden.“

Auf diesem geheiligten Platz haben die fremden Truppen gestanden; laßt uns ihm von neuem die Weihe geben! Ein Symbol der deutschen Einheit und Einigkeit ist unser Dom, wie Schwurfinger ragen seine mächtigen Türme in den nächtlichen Himmel.

Wohlan, heben auch wir zum Schurz die Hand! Und ihr alle in deutschen Landen, die ihr jetzt im Geiste bei uns weilt, schwört mit uns! Schwören wir Einigkeit, Treue dem Volke, Liebe dem Vaterlande!

Kußt mit mir: Deutschland, geliebtes Vaterland, hoch! hoch! hoch!“ Nach dem mit heller Begeisterung aufgenommenen Hoch sang die Riesentafelnehmerchar entblähten Hauptes das Deutschlandlied, während die Polizei salutierte.

Als zweiter Redner sprach der preussische Ministerpräsident Brauns, der den Dank der Staatsregierung an alle Kreise der Bevölkerung persönlich überbrachte.

Beide Redner wurden durch Siemens-Band-Lautverstärker (vor dem Nordturm und dem Südturm und zwei an der Südfassade) den Massen verständlich gemacht. Im Nordportal wurden die Reden durch einen Vorverkörker zum Verstärkerum der Funkausstellung in den Deutzer Weiskirchen, von hier zum Hauptfunktionsamt in der Tacienstraße und weiter über zwei Kabel nach Eberfeld und Verlin zur Weitergabe an alle deutschen Funkhörer geleitet.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten Brauns sang die Menschenmenge, begleitet von einem Musikkorps des Militärmenigchen Orchesters, das Lied: Herr, Großer Gott, Dich loben wir. Den Abschluß des feierlichen Aktes bildete das Bollgeläute der Domglocken, in das sich bald die Glocken sämtlicher Kirchen der Stadt und Umgegend mischten.

Die gewaltige mittelnächtliche Feier zu den Füßen des Domes wird in Erinnerung aller Teilnehmer unaussprechlich bleibend als Bekundung der Liebe zur Heimat, der Freude über die wiedergewonnene Freiheit und der unverbrüchlichen Treue zu Staat und Reich.

Die deutsche Wirtschaftskrise und ihre Ueberwindung.*)

Eine eindrucksvolle Kundgebung der christlichen Textilarbeiter des Kreises Kempen.

Am 24. Januar hatten sich aus fast allen Bürgermeistereien des Kreises Kempen in Lobberich die christlichen Textilarbeiter versammelt. Bezirksleiter Kollege Müller, Krefeld, konnte nicht nur eine stattliche Anzahl Mitglieder, sondern auch eine Reihe Vertreter von Behörden, u. a. den Herrn Landrat von Hartmann-Krey, Kempen, sowie die Bürgermeister der Gemeinden des Kreises Kempen begrüßen. Nach kurzer Begrüßung der Erschienenen und Erläuterung des Versammlungszweckes erteilte er dem Zentralvorsitzenden unseres Verbandes, Kollegen Fahrenbrach aus Düsseldorf, das Wort. Aus seinem Vortrag, der allgemein großen Anklang gefunden hat, wird nachstehend ein Auszug der Rede veröffentlicht:

Sören wir die Unternehmer und lesen die Unternehmungsorgane, so hören wir stets das gleiche Klagebild, daß die Träger der Unternehmungen, die Industrie, zu stark mit Steuern belastet sei, und die Lohnforderungen den Ruin der Wirtschaft herbeizuführen drohen. Ueber die allgemeine Krise, die tiefgründig die Wirtschaft aufwühlt, sind wir anderer Auffassung. Die falsche Preispolitik ist mehr Schuld an dieser Krise, und man verjucht mit den Klagen die zu tragenden Lasten auf unsere Schultern abzuwälzen. Die Lage ist ernst, wir haben mehr als eineinhalb Millionen Vorkriegsloslose und fast ebenso viele Kurzarbeiter. Die Not wächst andauernd, und es muß dringend vermittel werden, Mittel zur Abhilfe zu finden. Dazu aber müssen die wahren Ursachen zunächst klar erkannt werden.

Die jetzige Wirtschaftskrise ist eine Absatzkrise, die wir auch in Vorkriegsjahren kannten, nur nicht in dem riesigen Ausmaß. Im Innern fehlt die Kaufkraft und nach dem Auslande der Absatz. Es wäre verfehlt, nur der Unterbindung des Absatzes nach dem Auslande die Schuld zuzuschreiben; denn dieser betrug auch vor dem Kriege nur 20 Prozent der Produktion an Textilwaren. Auch in der Kreditnot allein dürfen wir nicht die Hauptursache der Krise suchen. Selbst bei genügender Geldbeschaffung würde die Industrie nur eine Zeit lang produziert werden können, um die Läger aufzufüllen, um dann erneut in eine noch heftigere Krise zu fallen. Gemessen an der Vorkriegszeit ist die Entwicklung in der Textilindustrie gar nicht ungünstig. Im jetzigen Reichsgebiet zählten wir Beschäftigte in der Textilindustrie:

1914	: 857 000
1918	: 483 000
1921	: 750 000
1922	: war die Vorkriegszahl wieder erreicht.

Entscheidend für diese Entwicklung war der riesige Bedarf, der nicht nur im Inland und in den Ländern unserer Kriegsgegner, sondern auch im neutralen Ausland, welches mehr oder minder stark nur für die Kriegsführung gearbeitet hatte, vorhanden war. Die Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Kriege lag deshalb ungünstig, weil der Rohstoffbezug außerordentlich erschwert war, besonders der von Baumwolle und Wolle. Für die spätere unguinstige Entwicklung kommt nicht nur der riesige Bedarf, sondern auch die ständig wechselnde Mode in Frage. Die Damenwelt ging zum Tragen immer feinerer Gewebe, nicht nur in Oberkleidung, sondern auch in Unterkleidung über. Aber auch die Herrenwelt ging der Mode nach. Es kamen Farben und Muster zur Geltung, welche früher nie gefragt wurden. Diesen Umschwung sehen wir nicht nur in den Großstädten, sondern hinab bis ins kleinste Dorf. Diese Entwicklung vollzog sich auch im Auslande, besonders im Orient, in Japan und China, wo man immer mehr zur europäischen Mode überging. Die Industrie war konkurrenzlos auf dem Auslandsmarkt, der allerdings teilweise verschlossen blieb.

Es ist nicht allein die Arbeitslosigkeit im Inland, auch England hatte ein Arbeitslosenheer von 1 200 000 Mann, wobei zu berücksichtigen ist, daß wir dabei auch 20 000 000 mehr Menschen haben, mithin günstiger standen wie dieses. Dazu kommt noch, daß in Vorkriegszeiten Hunderttausende ihrer Marine- oder Seereservistenpflicht genügen mußten. Das heute nicht mehr der Fall ist.

Fehler wurden in der Inflationszeit gemacht seitens der Industrie, indem sie viel zu spät bei ihren Forderungen ins Ausland zur Goldmarkberechnung überging. Durch dieses Dumping war es möglich, einen fertigen Anzug nach der Schweiz zu liefern für den Preis, den dort ein Meter Stoff kostete. Daß die Auslandsstaaten gezwungen waren, dagegen Sturm zu laufen und Einfuhrverbote und Zollerhöhungen gegen uns los zu lassen, ist leicht zu begreifen, weil wir die Produktionsmöglichkeiten dieser Länder unterbanden. Diese Schutzmaßnahmen erschweren uns heute nach der Stabilisierung die Ausfuhrmöglichkeiten, besonders, weil die Handelsbeziehungen nur erst teilweise durch Handelsverträge geregelt sind. Heute haben wir zu hohe Preise und zu geringe Löhne, eine Folge falscher Kalkulations- und Kartellpolitik. Vergleiche mit der Vorkriegszeit hinken, weil ein einwandfreier Lebensindex nicht existiert und ein solcher auch gar nicht aufgestellt werden kann, denn die Verhältnisse im Reichsgebiet sind zu verschieden.

Eine weitere Schuld an der Krise ist auch die Geldgebarung der Kriegszeit. Deutschland nahm nur Inlandsanleihen auf, während die anderen Staaten Auslandsanleihen herinholten und das nun seine Rückwirkung ausübte auf die Preisentwicklung und Löhne im Auslande in den Nachkriegsjahren. So haben Amerika, die Schweiz, Holland, bedeutend höhere Löhne als wir, dazu im Verhältnis zu uns eine gesteigerte Inlandskaufkraft der dortigen Währung.

Auch wurde in Deutschland veräumt, die Unternehmungen auszubauen und technische Verbesserungen einzuführen, die das konkurrierende Ausland durchgeführt hatte. Statt dessen verteilte die Industrie hohe Papiermarktschindeln, die nachher verflüchteten. Der Ruhrkampf schädigte die Industrie im besetzten Gebiet ungenügend, indem die Textilindustrie durch die Konkurrenz im unbesetzten Gebiet ihre Kundenschaft verlor. Dieses Moment ist für die heutige Industrie besonders schwerwiegend.

Die Stabilisierung, die auch nicht ohne Fehler vor sich ging, brachte ein Anziehen der Steuerschraube, die in manchen Fällen hässlich auf die Unternehmungen einwirkte und Erträge im Jahre 1924 herausbrachte, die zu hoch waren. Die Unternehmer nahmen eine einseitige Lohnfestsetzung vor, die ebenfalls die Kaufkraft logischerweise unterbinden mußte. So gab es z. B. in Schlesien Stundenlöhne für einen erwachsenen Hilfsarbeiter von 18 Pfg. und für Jugendliche von 9 Pfg. Auch im hiesigen Bezirk wurden die Stundenlöhne viel zu niedrig eingesetzt, dadurch wurden die Gewerkschaften gezwungen, durch ständige Lohnforderungen die Produktion zu beeinträchtigen. Dagegen waren die Kalkulationsmethoden der Kartelle, Syndikate und Vereinigungen nur darauf eingestellt, die Preise hoch zu halten.

In der Verteilung der Textilzeugnisse ist ebenfalls manches nicht in Ordnung. Der Handel ist überflutet. Er kann nicht mehr Hände mit der Verteilung der Waren beschäftigen, als mit der Produktion derselben. In Köln allein gibt es dreimal soviel Textilunternehmungen als vor dem Kriege. Dies trägt auch wesentlich zur Steigerung der Preise bei, denn jeder will davon leben. Leider muß festgestellt werden, daß auch die Geschäftsmoral tief gesunken ist, juchten sich doch viele durch Geschäftsaufficht und Konkurrenz den Zahlungsverpflichtungen zu entledigen. Davon stark betroffen ist auch der Großhandel der hier produzierten Artikel. Durch die andauernden Verluste ist dieser nicht mehr aufnahmefähig.

Ein wunder Punkt ist auch die falsche Behandlung der Arbeiter. Die Arbeiterschaft hat im Ruhrkampf stark gelitten, nun wurde nach der Stabilisierung der Offizierston wieder breit, man diktierte lange Arbeitszeit und legte einseitig Löhne fest, die zum Leben nicht ausreichten. Heute ruft man nach Arbeitsgemeinschaften, die man vorher mit Absicht zerschlagen hatte. Das Vertrauen ist verschwunden in weiten Kreisen der Arbeiterschaft, und wenn die Unternehmer und ihre Zeitungsorgane sich beklagen über die niedrigen Leistungen der Arbeiter in Deutschland, so ist dem entgegen zu halten, daß im Auslande eine ganz anders geartete Behandlung der Arbeiterschaft anzutreffen ist. Dies trägt wesentlich zur erhöhten Leistung der dortigen Industrie bei. Daher auch die Stärkung des Kommunismus in Deutschland und die Zustände, die bei einigermaßen gutem Willen seitens der Unternehmer hätten unterbunden werden können. Das Vertrauen der Arbeiter muß wiedergewonnen und ihr Interesse an dem Betrieb geweckt werden durch eine Behandlung und Entlohnung, wie sie eines freien, deutschen Arbeiters würdig ist.

Der übertriebene Pessimismus, wie er überall propagiert wird, ist nicht geeignet, die Krise überwinden zu helfen. Nur mit Mut kann man vorwärts kommen. Eins ist auch in naher

Bist Du alt

und willst Du ein überzeugter Gewerkschafter sein, dann diene als Vorbild Deinen jüngeren Verbandsmittgliedern und erfülle gewissenhaft Deine gewerkschaftlichen Pflichten.

Zukunft nicht möglich. Alle Arbeiter können nicht beschäftigt werden, auch bei Hebung der Kreditnot. Der Lokomotivbau und die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen ist in Deutschland so stark überflutet, daß wir allein den Bedarf der Welt befriedigen könnten trotz der großen Ablieferungen, welche wir an die Entente zu tätigen haben. Wehntische sehen wir im Bergbau, früher Aufblühen der Belegschaften, heute Stilllegungen. Mehr Rationalisierung, aber auch im Verteilungsapparat mehr Rationalisierung nicht nur immer nach unten, sondern auch nach oben. Haben wir doch eine Unzahl Betriebe, wo man früher einen, heute 3-4 Direktorenstellen hat, ohne dort an Abbau zu denken. Statt dessen klagt man über Kreditnot und über die Passivität des Staates. Auch die Forderungen des Dawesplanes übersteigen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Leider gelang es bisher auch noch nicht, die Umsatzsteuer ganz zu beseitigen. Das gleiche gilt auch von der Zugsteuer, die in ihrer heutigen Form viel zur Verteuerung beiträgt. Der Abschluß von Handelsverträgen, der bis zum 10. Januar 1925 nicht möglich war, muß unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lage der Industrien vor sich gehen, Preisbegünstigungen müssen wir verlangen und geben. Durch den ständigen Regierungswechsel wurde die Schaffung eines durchgearbeiteten Zolltarifes leider verzögert. Anstatt Gewichtszölle müssen wir Wertzölle schaffen, die sich nicht so roh bei den einzelnen Positionen auswirken. Wir haben unsere Forderungen der Regierung unterbreitet und auch etwas erreicht. Es muß mehr Arbeitsgelegenheit beschafft werden, alle Stellen im Reich, Staat und Gemeinden, die Aufgabe zu vergeben haben, müssen diese schnell den Industrien zuführen, damit diese wieder in Fluß kommen. Betriebseinschränkungen vermehren die Kosten des Produktes, weil der Leerlauf ebenfalls eingerechnet werden muß.

Aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen den für den Export arbeitenden Industrien Unterstützungsmittel zur Verfügung gestellt werden, natürlich nachdem die notwendigen Sicherungen getroffen sind, daß damit kein Mißbrauch getrieben wird. Eine solche produktive Erwerbslosenfürsorge bringt die Exportindustrie wieder in Gang und unterbindet die Berufsentfremdung des Arbeiters. Eine solche Prüfung seitens der Behörden ist notwendig bei Betriebsstilllegungen, weil diese manchmal nur dazu dienen, mißbeliebte Arbeiter aus dem Betriebe zu bringen. Bei Einführung von Kurzarbeit ist zu erwägen, ob kurze Berufsurlauben nicht praktikabler sind, weil die Arbeiter dann für den Ausfall die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen können. Es muß in solchen trüben Zeiten unmöglich gemacht werden, daß einige Betriebe mit Ueberstunden arbeiten, während andere Kurzarbeit verrichten. In England beraten in Krisenzeiten Arbeitgeber und -nehmer gemeinsam, um eine kürzere Arbeitszeit für die betroffenen Fachindustrien festzusetzen. In Deutschland ist das nicht möglich, weil ein solches Vertrauensverhältnis nicht besteht.

Bei Festsetzung der Erwerbslosenbeiträge ist ebenfalls etwas kurzichtig verfahren worden. In guten Zeiten lassen sich erhöhte Beiträge leichter aufbringen wie keine Beiträge in schlechten Zeiten. Auch wäre es dann leichter möglich, die Kurzarbeiter zu unterstützen. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß Kurzarbeiter weniger Mittel empfangen als völlig Erwerbslose. Die schrittweise Durchführung der Arbeitslosenversicherung unter gesicherter Verwaltungstätigkeit der Beteiligten, ist ein dringendes Erfordernis. Ein anderes Verhältnis, gegründet auf Vertrauen, muß aufgebaut werden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Wirtschaftskammern müssen paritätisch zusammengesetzt werden und nicht Türen und Fenster verschließen, damit der Arbeitnehmer keine Einsicht in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens erhält. Sollen die Produktion gehoben werden, muß der Arbeiterstand mehr Schulung erhalten, um seinen Beruf kennen zu lernen, und die Fähigkeit zu haben, fördernd mitzubekommen.

Das Schlichtungsverfahren muß ähnlich aufgebaut werden wie in England, wo jeder Teil gehalten ist, seine Behauptungen zu belegen und zu beweisen, wo aber auch der Arbeiter einen Ein-

blick in die Industrieerhältnisse hat. Bis heute wurde dort noch kein Schlichtungsverfahren abgelehnt.

Hätten wir keine Gewerkschaften, wie sähe heute die Lage aus für die Arbeiterschaft, wo wäre der Einfluß der Arbeiter in Staat und Wirtschaft. Wir stellen keine unerfüllbaren Forderungen. Darum muß es möglich sein, sie zu erfüllen. Das wird die Arbeitsfreude heben, und mit einer gesulten, arbeitsfreudigen und gleichberechtigten Arbeiterschaft wird es gelingen, den Aufstieg des deutschen Volkes durchzuführen. Auch die Landwirtschaft darf nicht verkommen, auch ihr muß geholfen werden, trotz aller Vorkommnisse in den verflorenen Jahren wollen wir keine Last tragen, sondern mit dafür eintreten, die Hemmnisse zu beseitigen. Den Kopf wollen wir hoch halten und alle Anstrengungen machen, um wieder vorwärts und aufwärts zu kommen, auch die Regierung muß unsere Forderungen hören. (Lebhafte Beifall.)

Kollege Dörpinghaus-Lobberich sprach über die Erwerbslosenfürsorge im Kreise Kempen und über die geplanten Notstandsarbeiten.

Herr Landrat von Hartmann-Krey erklärte sich mit dem Inhalt der Ausführungen voll und ganz einverstanden, ging dann auf die Schwierigkeiten ein bei der Durchführung der Notstandsarbeiten und gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Versammlung ein vertrauensvolles Verhältnis herbeigeführt werden möge und jeder mitarbeitende aus allen Kräften, damit die Arbeitslosigkeit, wenn auch langsam, doch sicher bekämpft werde. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem noch der Kollege Lösger-Dedi, sowie Herr Bürgermeister Monard-Dedi zu Wort gekommen, stimmte die Versammlung nachstehender Entschließung einstimmig zu: Die Erwerbslosigkeit im Kreise Kempen wächst von Tag zu Tag. Die Zahl der Erwerbslosen, Kurzarbeiter und Notstandsarbeiter ist auf 9117 gestiegen. Rechnet man auf jeden Erwerbslosen drei zu unterhaltende Angehörige, so ergibt sich, daß ein Viertel der Bevölkerung unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leidet. Die Textilarbeiterschaft, als Arbeiter der vorherrschenden Industrie, ist besonders stark von der Erwerbslosigkeit betroffen. Notzeiten bedingen nicht nur besondere Fürsorge-Maßnahmen, sondern müssen auch das Verhalten der Öffentlichkeit bestimmen. In den nächsten Wochen wird auch der Kreis Kempen nicht mehr zum besetzten Gebiet gehören. Der Arbeiterstand empfindet ebenso man wie andere die Freude und Genugtuung dieses hohen vaterländischen Ereignisses. Er hält aber die gegenwärtig schwere Zeit nicht für angebracht zu lauten öffentlichen Befreiungsfeiern. Der Beschluß des Kreistages vom 8. 1. 1926, von einer Kreisfeierlichkeit Abstand zu nehmen, dafür aber in der Vereinstellung einer Spende für soziale Zwecke dem freudigen Ereignisse Ausdruck zu geben, wird lebhaft begrüßt. In der Bevölkerung würde es sehr großen Anklang finden, wenn die Städte und Gemeinden des Kreises diesem Beschluß folgen würden.

Im einzelnen wird als notwendig erachtet:

1. Inangriffnahme und Durchführung von Notstandsarbeiten, vor allem die Rierregulierung, die Erstellung von Wohnungen, die Erschließung des Kreises durch Schaffung geeigneter Durchgangsverkehrsstraßen, die Befestigung gefährdeter Straßenkurven, sind Notstandsarbeiten, wozu die Gesamtheit Interesse hat.

2. Die Unterstützung der Kurzarbeiter ist dringend notwendig geworden. Der Schwarzfärber erhält für seine vierköpfige Familie bei 24-stündiger Wochenarbeitszeit 16,26 M. mithin einen Nettolohn von rund 14.— M. Der Färbearbeiter in der Bleicherei, bei demselben Familienstand, erhält bei der gleichen Arbeitszeit nur 12.— M. Nettolohn. Das ist im ersten Falle 5.— M. und im zweiten Falle 7.— M. pro Woche weniger, als derselbe Arbeiter an Erwerbslosenfürsorge für die Woche beziehen würde. Dieser Zustand ist unhaltbar. Einige Gemeinden zahlen Kurzarbeiterunterstützung. Hier muß eine Einheitlichkeit erstrebt werden.

3. Die Textilarbeiterschaft wünscht dringend, daß die Verwaltungen weitgehendes Entgegenkommen zeigen und durchentsprechende Maßnahmen die soziale Not baldmöglichst lindern.

Gedanken zum Problem der Frauenarbeit

(Entwicklung der Frauenarbeit in den letzten Jahrzehnten.)

(Fortsetzung.)

Die Entwicklung der Frauenarbeit vor dem Weltkrieg zeigte uns die Berufszählungen in den Jahren 1882, 1895 und 1907. Ihre Hauptresultate sind:

Im Jahre 1882 gab es 5541517 weibl. Erwerbstätige = 24 Proz. Im Jahre 1895 gab es 6578350 weibl. Erwerbstätige = 25 Proz. Im Jahre 1907 gab es 9492881 weibl. Erwerbstätige = 30,4 Proz.

In der Zeit von 1907 bis Juni 1925 fand keine Berufszählung statt. Somit stehen uns für diese Zeit keine genauen Zahlen über die Erwerbstätigkeit der Frauen zur Verfügung. Wenn wir den Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der Frauenerwerbsarbeit nachgehen wollen, so müssen wir uns der Statistiken bedienen, die jeweils nur einen mehr oder weniger großen Ausschnitt aus der Erwerbsarbeit darstellen.

Das Statistische Reichsamts veröffentlicht regelmäßig Zusammenstellungen der Mitgliedernachweisungen der gesetzlichen Krankenkassen. Diese Zahlen geben auch kein genaues Bild, weil, wie im Statistischen Jahrbuch 1919 mitgeteilt wird, bis zu den Jahren 1912 und 1913 nur ungefähr ein Sechstel der gesetzlichen Krankenkassen berichtet hat. Diese Berichte zeigen dennoch eine beständige Zunahme der Frauenerwerbsarbeit. Auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten ergeben das gleiche Bild. Von der Gewerbeaufsicht werden ausschließlich in der Industrie beschäftigte Personen erfasst.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ergaben sich folgende Zahlen für die Bewegung der Frauenerwerbsarbeit in der Industrie in den letzten Jahren vor dem Kriege:

1907	= 1 302 141 Frauen
1908	= 1 306 076 "
1909	= 1 351 880 "
1910	= 1 432 639 "
1911	= 1 496 187 "
1912	= 1 565 643 "
1913	= 1 592 138 "

Das ergibt von 1907 bis 1913 eine Steigerung von rund 1,30 Millionen auf 1,59 Millionen.

Bei Beginn des Krieges wurden Arbeiter und Arbeiterinnen massenhaft entlassen. Viele Unternehmer legten ihre Betriebe vollkommen still. Aus den Berichten der Krankenkassen ist zu entnehmen, daß fast zwei Kriegsjahre vergingen, bis der Rückgang der Frauenerwerbsarbeit bei Kriegesbeginn wieder ausgeglichen war. Es fehlte jedoch in den Krankenkassenstatistiken die gewöhnlich geringe Zahl der Ehefrauen, die während des Krieges ihren Mann in seinem Beruf als Inhaber eines selbständigen Geschäftes oder eines landwirtschaftlichen Betriebes vertreten haben. Ihre Tätigkeit unterlag nicht der Krankenkassenversicherungspflicht.

Das deutsche Wirtschaftsleben brauchte nach den Erschütterungen bei Kriegsausbruch zwei volle Jahre, um sich soweit zu erholen und umzustellen, daß annähernd alle sich freiwillig anbietenden Kräfte in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt werden konnten. Nachdem dieser Umstellungsprozeß vollzogen war, wurde auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1916 für die Zwecke des preussischen Kriegsministeriums eine Berufszählung vorgenommen. Diese Berufszählung wurde wohl durchgeführt, um eine Grundlage für das Hilfsdienstgesetz zu

* Aus einem Vortrag unseres Kollegen Fahrenbrach, Düsseldorf, gehalten in einer großen öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung am 24. Januar zu Lobberich, Kreis Kempen.

schaffen. Die Zählung wurde beschränkt auf Reichsdeutsche; auf Männer vom 14.—60. Lebensjahr und Frauen vom 14.—47. Lebensjahr. Die Hausangestellten wurden nicht mitgezählt.

Nach der Berufszählung vom 1. Dezember 1916 waren erwerbstätige reichsdeutsche weibliche Personen im Alter von 14—47 Jahren 8 331 307 = 24,1 Prozent der damaligen weiblichen Gesamtbevölkerungszahl. Nach der Berufszählung von 1907 waren erwerbstätige weibliche Personen im Alter von 14—50 Jahren 7 764 029 = 24,9 Prozent der damaligen weiblichen Gesamtbevölkerungszahl. In den Vergleichszahlen von 1916 fallen die Ausländerinnen, Hausangestellten und die erwerbstätigen Frauen im Alter von 47—50 Jahren fort.

Im Jahre 1917 setzte eine starke Zunahme der Frauenerwerbsarbeit ein. Während im allgemeinen die Frauenerwerbsarbeit zugenommen hat, ist in folgenden Berufen eine Abnahme der Frauenerwerbsarbeit zu sehen:

Landwirtschaft	454 178
Industrie der Steine und Erden	15 800
Textilindustrie	147 467
Reinigungsgewerbe	23 959
Gastwirtschaften	60 000
Hausangestellte	300 000

Es ist anzunehmen, daß auch in den Jahren 1917—1918 die gleiche Tendenz zum Berufswechsel fortgewirkt hat.

Nach dem Kriege strömten acht Millionen Kriegsteilnehmer im Verlauf weniger Wochen auf den Arbeitsmarkt. In wenigen Wochen wurde ein großer Teil in Arbeitsplätze gebracht.

Unter den vielen Maßnahmen, die in der ersten Zeit nach dem Kriege gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt wurden, war für die Frauen von besonderer Bedeutung die „Verordnung zur Freimachung von Arbeitsstellen“ vom 28. März 1919. Nach dieser Bestimmung ordneten die Demobilisierungsausschüsse allenthalben die Entlassung der Frauen an, deren Männer ein Einkommen hatten. Genaue Angaben über die Zahl der entlassenen Frauen fehlen in der amtlichen Statistik. Wiederum müssen wir die Berichte der Krankenkassen heranziehen. Bei den Frauen erhöhte sich die Mitgliederzahl nach dem umfangreichen Entlassungen, die im ersten Halbjahr nach dem Kriege erfolgten, ziemlich regelmäßig. Darnach war die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Juli 1920 um ein geringes höher als vor Kriegesbeginn.

Die besondere Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in der Industrie ersehen wir aus den Statistiken, die alljährlich die Gewerbeaufsichtsbehörden herausgeben. Demnach waren in der Industrie beschäftigt:

1913	1 592 138	Arbeiterinnen
1919	1 498 088	"
1920	1 591 184	"
1921	1 701 912	"
1922	2 019 189	"

Der Prozentatz der Frauenerwerbsarbeit war somit folgender:

1913	= 30,7	1915	= 39,3	1919	= 45,3
1914	= 31,2	1916	= 45,8	1920	= 38,5
1915	= 29,6	1917	= 49,6	1921	= 34,7
		1918	= 51,2	1922	= 35,8
				1923	= 34,6
				1924	= 35,3

Das Ergebnis der neuesten Berufszählung vom Juni 1925 liegt noch nicht vor. Soweit die berufliche Tätigkeit der Frauen festgestellt wurde, ist zu ersehen, daß der Anteil der Frau im Erwerbsleben nach dem Kriege stärker geworden ist, als er vor dem Kriege war. Nicht nur die wachsende Zahl der Arbeiterinnen ist eine Erscheinung von größter Bedeutung, sondern auch deren Durchdringung ganzer Berufe. Gab es 1895 erst 17 Berufe mit überwiegender Frauennarbeit, so waren es 1907 bereits 28 Berufe. Zu diesen Berufen gehörte auch unsere Textilindustrie. (Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Der Herr Arbeitsrat.

Die bayerische Regierung hat entgegen den Wünschen aller Gewerkschaftsrichtungen ihre Absicht, besondere Titel für verdiente Arbeiter und Angestellte zu schaffen und zu verliehen, wahr gemacht. Es hat ja zu Weihnachten in Bayern „Titel gerechnet“. Die Öffentlichkeit hat allerdings kaum Notiz davon genommen, wer alles Arbeitsrat, Landesarbeitsrat, Gebietsarbeitsrat, Versicherungsrat, Landesversicherungsrat, Geheimrat, Landesversicherungsrat usw. geworden ist. Bekannt wurde durch die Zeitungen nur, daß die bisjünglingsmühten Führer der christlichen Gewerkschaften in Bayern, so Funke, Geier und Rothl-Rugsburg — die zwei Letzten sind Angestellte unseres Verbandes — die ihnen zugehörigen Titel ablehnten, während mehr auf politische Gebiete tätige Anhänger der christlichen Gewerkschaften — wie Rießhagen-München und Berngott-Landau — den Titel führen werden. Bekanntlich hat sich der Landesauschuss Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht grundsätzlich gegen Auszeichnung an Arbeiter ausgesprochen. Er wünschte indes, daß die Arbeiter nicht als Staatsbürger besonderer Art behandelt würden und ihnen zugehörige Ehrungen gleicher Art und gleichen Grades sein sollten, wie Auszeichnungen an Angehörige anderer Stände. Die bayerische Regierung hat es nicht für notwendig erachtet, das zu berücksichtigen.

Aus unserer Bewegung.

Einiges, was nicht alle gerne hören, aber hören müßten.

Es ist vielfach zu beobachten, daß sehr viele Betriebe ohne Betriebsrat und ohne Arbeitererrat sind. Für die Arbeiterfrage liegen darin außerordentliche Gefahren. Keine Mitbestimmung, kein Mitarbeiten an wirtschaftlichen Aufbau, keine Vertretung der Belange der Arbeiter usw. Schämten wir uns des Gesetzes wegen, das uns dazu die Möglichkeiten gibt, uns dazu behilflich ist, und wir ihm so wenig Achtung schenken? Woher kommt dieses? Zuerst, weil in der Arbeiterschaft zu viel Mißtrauen gegen führende Personen vorhanden ist. Dieses Mißtrauen muß unbedingt verschwinden, denn schwer ist die Arbeit, die unsere Betriebsräte zu leisten haben. Sie müssen dienen der Wirtschaft des Betriebes, den Belangen der Arbeiterschaft und dem Volksganzen. Weil nun viele dies nicht verstehen können, daher auch das große Zerwürfnis innerhalb der Arbeiterschaft. Wollen wir also, daß alles seinen richtigen Weg geht, so müssen wir beibringen, das schwere Amt, das unsere Betriebsräte auf sich nehmen, nach Kräften zu unterstützen. Nur so ist die Verwirklichung der Rechte, die das B. A. G. uns gibt, möglich. Aber auch für alle, die es nicht verstehen, dies Amt auszuführen und nach dem Gesetz zu arbeiten, wäre besser, wenn die anderen Platz machten für die, die es besser verstehen. Dieses würde dann besser werden. Also streifen wir die Laubenteile ab, tragen wir Sorge, daß in jedem Betriebe die gesetzliche Vertretung hinein kommt, damit auch erprießliche Arbeit geleistet werden kann.

Hierbei aber auch ein Wort an die Jugend und an die Kolleginnen, die ja in unserer Industrie die Mehrheit haben. Bedenket alle, daß ihr als Hauptstützen mitberufen

seid, das Werk, welches begonnen ist, zu erhalten und weiter auszubauen. Aber wie beschämend sieht es da aus. Die Jugend kümmert sich lieber um andere Dinge, die weniger wertvoll sind, als Gewerkschaft und Standesbewegung. Die weiblichen entschuldigen sich meistens damit, daß sie keine Zeit haben. Wir haben alle ohne Ausnahme dafür Sorge zu tragen, daß das, was uns die Alten errungen, erhalten bleibt und weiter ausgebaut wird für künftige Generationen. Das muß unser Streben sein. Sehen wir uns andere Stände an, wie sie mutig streiten um das Wohlergehen ihres Standes. Das muß auch unsere Lösung sein. Hören wir nicht auf so viele Gewerkschaftsmüden und Unorganisierten, denn diese tragen viel Schuld an dem Mißmut. Andererseits aber auch nicht auf so viele Maulhelden und Phrasendrescher hören, die alles besser wissen, aber nichts besser machen können. Also frisch an die Arbeit! Die vergangene Zeit muß uns Wegweiser für die Zukunft sein. Unser Streben muß sein, Gewerkschaftsarbeit zu leisten zum Wohle unseres Standes und unseres Volkes.

Bald naht nun die Zeit, wo die Betriebsvertretung neu gewählt werden soll. Wo keine Betriebsvertretung besteht, muß unbedingt solch eine gewählt werden. Jetzt schon müssen die Vorarbeiten getroffen werden, daß die geeigneten Kolleginnen und Kollegen vorgeschlagen werden. Ganz besonders ist die Mitarbeit der Jugend erwünscht. Jugendliche Mitglieder, laßt mal ab von alledem, was euch wirtschaftlich nicht vorwärts bringt! Sucht das Best vor allem in der Gewerkschaftsarbeit. Bedenkt, daß ihr ohne gesetzmäßige Vertretung überall machtlos seid. Was ist zu beachten, um eine Wahl vorzunehmen?

Halte Ordnung im Mitgliedsbuch!

Es sollte eigentlich der Stolz eines jeden Gewerkschaftlers sein, daß das Mitgliedsbuch in bester Ordnung ist. Alle Rechte gegenüber dem Verband sind im Mitgliedsbuch verankert. In ihm ist gewissenhaft notiert, inwieweit der Einzelne seinen Pflichten für die Organisation nachgekommen ist. Stimm und doch so beredt ist die Sprache dieses Buches, wenn es an die Zentrale kommt, um für das Mitglied die Rechte geltend zu machen. Was erzählt es alles? In ihm zeigt sich, wie weit das Mitglied seinen finanziellen Pflichten gegenüber dem Verbande, seinem Stande, seinen eigenen Lebensinteressen nachgekommen ist. Hohe Beitragsmarken verkünden ein Mitglied, das überzeugt ist, daß die Schlagkraft des Verbandes nur durch starke Finanzen gehoben werden kann. Sie berichten von Opfergeist und kluger Fürsorge des Einzelnen. Sie erzählen von einem bewußten Gewerkschaftler, der erkannt hat, daß ein fester Zusammenschluß der christlichen Arbeiter zur Besserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage notwendig ist. Ein Mitgliedsbuch, das in guter Ordnung ist, bekundet Ordnungsliebe, Pflichterfüllung und Gewissenhaftigkeit gegenüber den eigenen Standesinteressen. Es verrät auch Achtung vor der Gemeinschaft, die Eigentümerin des Buches ist. Gerne wird man die Rechte solcher Kolleginnen und Kollegen anerkennen, und nie wird man ihnen ihre Ansprüche streitig machen.

Wie anders dagegen ist die Sprache der Bücher, die sich in Unordnung befinden. Ofters trifft man solche an. Dort fehlen Marken, dort ist wieder eine andere geklebt als in andern Büchern. Der vorgeschriebene Pflichtbeitrag ist nicht bezahlt. Das Buch ist in einem Zustande, der keinen freundlichen Eindruck macht. Die öfters anzutreffende Auffassung, daß es genüge, wenn der Beitrag bezahlt ist, ist irrig. Es müssen auch die Marken sorgsam geklebt sein. Das geht solange gut, bis der Ernst an das Mitglied heran tritt. Seien es nun die Tage des wirtschaftlichen Kampfes, der Erwerbslosigkeit oder der Krankheit. Dann geht das Buch an die Verbandsleitung, um Anwalt zu sein für das Mitglied, um seine Rechte zu wahren. Zuerst, ein unbedenkliches Mitgliedsbuch ist ein schlechter Fürsprecher. Wo sind die Quittungen, daß die Pflichten erfüllt sind? Sie fehlen. Wo kein Opfer, keine Pflichterfüllung, da sind auch keine Rechte zu suchen. Wenn dann die Unterstützung jenes Mitgliedes abgelehnt wird, dann wird draußen geschimpft, der Verband tut nichts für uns, die Unterstellungen sind zu gering.

Wo liegt die Schuld? Wer ist der Verband? Leider wird es allzuviel vergessen, daß es die Mitglieder sind und von ihnen die Ordnung im Verbands, seine Stärke und Leistungsfähigkeit abhängt. Darum seht zu, daß man bei Eintrag des Mitgliedsbuches sagen kann, das Mitglied hat seine Pflichten erfüllt. Halte Ordnung im Mitgliedsbuch, es kann viele Zeit, viel Ärger erspart bleiben. Auch hier gilt das Sprichwort:

„Halte Ordnung, liebe sie, Ordnung spart dir Zeit und Müß.“

J. W.

1. Den Wahlvorstand zu wählen, der vieles vorbereiten muß.
2. Für Eintragung in die Wählerliste Sorge zu tragen.
3. Daß der Wahlvorschlag rechtzeitig eingereicht wird.
4. Das am Wahltag jeder seine Pflicht tut.
5. Den Gewählten soviel wie möglich das Amt erleichtern.

Also Mitarbeit und nicht nörgeln. Auch die Gewählten sind Menschen, die Fehler machen können. Mit ihnen arbeiten an den großen Fragen, die zu lösen sind. Seht, so wollen wir ein Kad sein im Wirtschaftsgerieße, das mitarbeitend zum Wohle unseres Standes, unseres Berufes, des ganzen Volkes und der gesamten Wirtschaft. Der Weg, der zum Ziele führt, ist weit, er muß gegangen werden.

Nie darfst du müßlos krankend weichen, fest mußt du stehen, fest wie die Eichen.

J. B. Düren.

Stegerwald, „einer der gefährlichsten Reaktionäre“!

In der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird der Personenkult nicht beliebt. Am allerwenigsten denkt man hier gewöhnlich an einen Stegerwald-Kult. Notwendig ist indes, daß aus der Bewegung heraus immer wieder Angriffe zurückgewiesen werden, die insbesondere aus politischer Leidenschaftlichkeit gegen ihre Führer erhoben werden. Stegerwald ist in besonderem Maße das Ziel solcher Angriffe, weil es ihm nicht liegt, sich zur Sicherung des sozialen und politischen Fortschritts auf den Markt zu stellen und nach bekannten Beispielen Sprüche von der Reaktion in die Welt zu hüllen. Wie versucht wird, Stegerwald in schlechten Ruf zu bringen, lehrt eine Briefkastenanfrage in dem Hagener Blatt für politische Geheimvereine und republikanische Frontkämpfer „Das andere Deutschland“ (Nr. 50, 1925). In dieser, offenbar auf eine fingierte Anfrage sich stützenden Notiz heißt es u. a.:

Christl. Gewerkschaftler A. S. Weimig, Sie fragten schon vor längerer Zeit bei uns an, ob man als Arbeiter einen Mann wie Stegerwald betrauen können dürfe. Nein und nodymals mein! Stegerwald ist einer der gefährlichsten

Reaktionäre des politischen Lebens, gefährlich, weil es ihm bei seiner eminent demagogischen Begabung immer noch gelingt, die Interessensvertretung der Arbeiter zu mimieren. Jetzt auf dem Zentrumsparteitag in Kassel war er der größte Gegner Dr. Birchs. Das sollte jedem Katholiken und Republikaner genügen, um solche „Führer“ in die Wüste zu schicken.“

In diesem Falle erübrigt sich ein sachliches Eingehen auf die Beschuldigungen, weil „Das andere Deutschland“ nur ernstgenommen wird von solchen Republikanern und Pazifisten, die um ihren klaren Verstand gekommen sind.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Barmen. Die große Not unter den Arbeitslosen. Wenn heute viele unserer Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Standpunkt stehen, die Gewerkschaften hätten, wenn sie nicht eine Lohnverhandlung nach der anderen erreichen könnten, ihren Zweck verfehlt, so haben diese die Wichtigkeit unserer Bewegung noch nicht erkannt. Daß sie auch noch andere wichtige Aufgaben, besonders in der jetzigen wirtschaftlichen Krisezeit, zu lösen haben, besonders für unsere Arbeitslosen und Kurzarbeiter, zeigt, was das Barmer Kartell unternahm.

Es wurde folgende Eingabe an die Barmer Stadtverwaltung eingereicht und in einer am Dienstag, den 26. Januar, gut besuchten Versammlung dazu Stellung genommen:

„Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Barmen, in dem sämtliche Arbeiterorganisationen auf christlich-nationaler Grundlage zusammengeschlossen sind, hat uns beauftragt, folgenden Antrag zu stellen:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen:

1. Den Kurzarbeitern, die mit ihrem Einkommen unter den Erwerbslosensätzen liegen, ist eine Unterstützung zu zahlen in Höhe des Differenzbetrages zwischen ihrem wirklichen Verdienst und der Erwerbslosenunterstützung, erhöht um 10 Prozent, welche die Kurzarbeiter bekommen würden, wenn sie voll erwerbslos wären.
2. Die Mittel, die für die Durchführung dieser Kurzarbeiterunterstützung notwendig sind, werden bewilligt.

Begründung: Durch die lange Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, und durch die lange hinausgezögerte Bewilligung der Erwerbslosenunterstützung an die Kurzarbeiter von Seiten des Reiches, hat die Kurzarbeiter in eine schwere Notlage gebracht. Viele Familien sind infolgedessen in eine nicht zu ertragende Not geraten. Es besteht wohl in allen Kreisen Einmütigkeit darüber, daß die Erwerbslosensätze, die gegenwärtig gezahlt werden, zum Leben bei weitem nicht ausreichend sind. Die Erwerbslosen erhalten nur deswegen keine höheren Sätze, weil bei den Stellen, die die Kosten für diese Erwerbslosenunterstützung aufzubringen haben, die notwendigen Mittel fehlen. Daran ist zu erkennen, wie unendlich groß die Not in den Familien der Kurzarbeiter sein muß, deren Einkommensverhältnisse noch hinter der Erwerbslosenunterstützung zurückbleiben.

Trotzdem uns die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt bekannt sind, fühlen wir uns gezwungen, den obigen Antrag zu stellen. Die Mittel, die für die Durchführung dieser Unterstützung notwendig sind, müssen von der Gesamtheit aufgebracht werden. Denn es erscheint uns unumgänglich notwendig, daß der gesundheitliche und wirtschaftliche Schaden in den Kurzarbeiterfamilien sich zu einer Katastrophe ausartet.

Indem wir die Stadtverwaltung und die Fraktionen bitten, diesen unsern Antrag einer schnellen und wohlwollenden Prüfung zu unterziehen, zeichnen

hochachtungsvoll

Kartell der christlichen Gewerkschaften, Barmen-Eberfeld.

Der Kartellvorsitzende, Kollege Jean Schlösser, begründete kurz die Eingabe. Dann sprach Kollege Lettnerhaus über die Gründe der Wirtschaftskrise und das System der Arbeitgeber. Er gab weiter die Wege an, aus den Eingaben unserer Zentrale an die Regierung, wie eine Besserung zu erzielen sei. Die Aussprache, in der von den einzelnen Mitgliedern auf die erschreckende große Not hingewiesen wurde, zeigte deutlich, daß es eine dringende Angelegenheit der Staatsregierung sei, das Erwerbslosenversicherungsgesetz zur Verabfolgung zu bringen, damit die Arbeiterschaft in Wirtschaftskrisen gesichert sei und nicht durch unverschuldete Arbeitslosigkeit in unabsehbare Not geraten müsse.

Kollegin Pappenhelm wies auf die seelischen Schäden der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hin und rief auf zum einmütigen Zusammenstehen, das uns allein helfen könne. Kollege Schlösser richtete noch ein kurzes Schlagwort an die Versammlung, worin er zum mutigen Glauben an die deutsche, besonders christliche Arbeiterschaft aufrief und schloß darauf die wohlüberlaufene Versammlung.

Die Eingabe hat ihren Erfolg nicht verfehlt. Es ist von der Barmer Stadtverwaltung eine Regelung für die Kurzarbeiter getroffen, die wohl nicht ganz gleichlautend unserer Eingabe, aber dieselbe finanzielle Wirkung hat. Eine ernste Mahnung für alle Lauen und unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die die großen Aufgaben unseres Verbandes nicht sehen. Wollten alle eine Lehre aus diesem Erfolge ziehen.

Nordhorn. Einen recht eindrucksvollen Arbeitertinnen-Abend veranstaltete unsere Ortsgruppe am Samstag, den 16. Januar. Ungefähr 500 Kolleginnen hatten sich eingefunden, um sich darüber auszusprechen, wie sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise für die Arbeiterinnen auswirkt und welche Aufgaben für uns daraus erwachsen. Kollege Melche aus Düsseldorf hatte hierfür das Referat übernommen. Die Versammelten hielten folgendes für ratsam: Regelmäßiges Beitragsgeld auch während der Kurzarbeit, regelmäßiger und pünktlicher Besuch der gewerkschaftlichen Veranstaltungen, Betätigung als Vertrauensperson und Agitator. Nach Schluß der offiziellen Veranstaltung blieben die Kolleginnen noch einige Zeit bei einer Tasse Kaffee gemütlich beisammen.

† Sterbetafel. †

Hermann Bielen, Schaag, 83 Jahre alt. — Wilhelm Benjamins, Bocholt, 54 J. — Johann Stennes, Werden, 50 J. — Gertrud Bahnen, Weiden, 25 J. — Otto Fresner, Bera, 41 J. — Franz Eilhard, Bocholt, 76 J. — Gerhard Koch, Bocholt, 88 J. — Wilhelm Kolombe, Neufalz, 50 J. — Jakob Wiewers, Lohberich, 48 J. — Leo-Hard Bielen, Aachen, 48 J. — Anna Jung, Aachen, 63 J. — Albert Kuppler, Cottbus, 64 J. — Frau Bots, Krefeld.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wirtschaftsnot in der Textilindustrie. — Lohn- und Arbeitsfreirigkeiten. — Wer zahlt die Steuern? — Die deutsche Wirtschaftskrise und ihre Überwindung. — Gedanken zum Problem der Frauennarbeit. — Familienleben: Dem Geiste deutscher Einigkeit. — Allgemeine Rundschau: Der Herr Arbeitsrat. — Aus unserer Bewegung: Einiges, was nicht alle gerne hören, aber hören müßten. — Stegerwald, einer der gefährlichsten Reaktionäre. — Berichte aus den Ortsgruppen: Barmen. — Nordhorn. — Sterbetafel.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Florstr. 7.